

Umstrittenes Anti-Terror-Gesetz rechtskräftig

Der umstrittene *Human Security Act* (RA 9372) wurde durch das Oberste Gericht als rechtmäßig erklärt. Die sechs Klageanträge, die das Gesetz als verfassungswidrig erklären sollten, wurden vom Gerichtshof einstimmig abgelehnt. Verschiedene Kläger, unter anderen die Menschenrechtsorganisation *Karapatan*, hatten wegen Verfassungswidrigkeit einzelner Artikel Klage eingereicht, da sie befürchteten durch das Gesetz als verdächtige »kommunistische Front«

eingestuft zu werden. Laut dem Obersten Gerichtshof konnten seit der Inkraftsetzung des Gesetzes im Juli 2007 die klagenden Organisationen uneingeschränkt und ohne jegliche Strafverfolgung ihre Aktivitäten ausführen. Es müsse eine drohende, vorliegende oder direkte Rechtsverletzung durch das Gesetz gegeben sein, um es abzulehnen. Dies könne nicht aufgrund von bloßen Behauptungen geschehen.

vgl. The Manila Times, 11.10.2010

Militär verlängert umstrittenen Aktionsplan

Der Aktionsplan *Bantay Laya* verfolgte das Ziel die Aufstände durch die *New People's Army* (NPA) zu bekämpfen und die der MILF in Mindanao zu kontrollieren. Nachdem der in 2007 eingeführte *Bantay Laya I* zum 30. Juni ausgelaufen ist, wurde mit *Bantay Lana II* eine Verlängerung bis Januar 2011 festgelegt. Linke Gruppierungen hatten den Aktionsplan mehrfach stark kritisiert und den Verantwortlichen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Das (Para-) Militär wurde beschuldigt, dadurch außergerichtliche Tötungen und Entführungen von Aktivisten zu unterstützen bzw. selbst

durchzuführen. Die Führung der *Armed Forces of the Philippines* (AFP) hat dies immer wieder bestritten. AFP General Ricardo David betonte nun die Einhaltung der Menschenrechte und deren ausdrückliche Aufnahme in den neuen Aktionsplan. Ihm zufolge ist das öffentliche Vertrauen der Schlüssel zur Bekämpfung der NPA: »Gewinner dieses Krieges wird nicht derjenige mit der größten Truppenstärke sein, sondern derjenige, der das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung hat«.

vgl. GMA News, 15.08.2010

Seit Amtsantritt 14 politische Morde

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Karapatan* wurden seit dem 30.06.2010, also seit Beginn der Aquino-Administration, 14 Menschen Opfer außergerichtlicher Tötungen. Obwohl Aquino während seines Wahlkampfes energische Gegenmaßnahmen versprochen hatte, behauptete er nach Amtsantritt, dass es sich in vielen Fällen um persönliche Konflikte handeln würde. Evangelina Hernandes, Sprecherin der Organisation *Hustisya!*, warf Aquino dar-

aufhin die Verschleierung von staatlichen Verbrechen vor. Bei allen von *Karapatan* verzeichneten Fällen sind die vermuteten Täter Polizei, Soldaten oder Kräfte des Paramilitärs. Von dem im Juli 2010 durch Aquino dafür gegründeten »super body«, bestehend aus Mitgliedern der Polizei, des Justizministeriums und der Menschenrechtskommission, hat man bisher jedoch nichts gehört.

vgl. Bulatlat 02.10.2010

Entwurf über Scheidungsgesetz

Die *Gabriela Women's* Partei hat einen neuen Gesetzesentwurf zur Legalisierung von Scheidungen vorgelegt, um damit das bestehende Gesetz zur Annullierung und Trennung zu ergänzen. Luzviminda Ilagan und Emerenciana de Jesus legten den Gesetzesentwurf 1799 im Repräsentantenhaus vor, fanden aber nur wenig Unterstützung unter ihren Kollegen. Neben den bisher gültigen Gründen für eine Annullierung oder Trennung von Ehepartnern können nach diesem Entwurf auch psychologische Gründe für eine Scheidung ausreichen. »Wir können nicht ignorieren, dass die bestehenden Gesetze nicht ausreichen. Eine Annullierung kann sehr teuer sein und eine legale Trennung gibt den Ehepartnern nicht die Möglichkeit wieder zu heiraten«, sagt Ilegan. Viele Repräsentanten fürchten den massenhaften Zusammenbruch von Familien und suchen Unterstützung bei religiösen Gruppen. Walden Bello von Akbayan hingegen unterstützt den Entwurf »Wir sind das letzte Land ohne Scheidungsgesetz. Lasst uns ins 20. Jahrhundert eintreten!«. Präsident Aquino hält das Gesetz für problematisch, räumt aber ein, dass es eine Möglichkeit der Trennung und Wiederheirat geben sollte.

vgl. The Philippine Star, 12.08.2010

429 Dengue-Opfer

Seit Januar 2010 haben sich laut dem philippinischen Gesundheitsministerium (DoH) 54.629 Patienten (Stand 14.08.10) mit Denguefieber angesteckt. Bisher hatte sich das Fieber immer punktuell in einzelnen Provinzen verbreitet, dieses Jahr ist das ganze Land fast gleichermaßen von dem Fieber betroffen. Seit Januar 2010 sind bereits 429 Menschen am Denguefieber gestorben. Die meisten Patienten sind männlich und zwischen einem und 20 Jahren alt.

vgl. PDI, 01.09.2010

Moros wollen eigenständige Region

Die separatistische Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) wird bei den Gesprächen mit der philippinischen Regierung die Errichtung einer eigenständigen Region vorschlagen. Unter der Arroyo-Administration war bisher die Rede von einer rechtlichen Einheit »Bangsamoro« gewesen. Mohagher Iqbal, MILF-Sprecher bei den Friedensverhandlungen, will weder einen unabhängigen Staat noch eine administrative Region wie die Autonome Region muslimisches Mindanao (ARMM). Er spricht von einer ähnlichen Gewaltenteilung wie die der Staaten in den USA. Laut Iqbal sollen alle Regierungsfunktionen, abgesehen von Landesverteidigung, Außenpolitik, Währung und Post, selbst übernommen werden. Damit hätte die Region kein eigenes Militär, aber eigene Kräfte für die innere Sicherheit. Welche Rolle dabei die MILF spielen soll, bleibt bisher unklar. Iqbal geht davon aus, dass die Verhandlungen um die genaue politische Einbindung und Regelungen innerhalb der nächsten zwei Jahre abgeschlossen sein könnten. Der Starttermin für die Friedensverhandlungen ist noch offen.

vgl. PDI, 23.09.2010

Neue Ölbohrstandorte

Das Energieministerium (DoE) wird dieses Jahr noch zehn Standorte für Ölexplorationen und deren Entwicklung anbieten. Die Standorte, sowohl on- als auch offshore, befinden sich in Palawan, Mindanao und Central Luzon. Das DoE verspricht sich Investitionen in Millionenhöhe, weiß aber spätestens seit dem Vorfall im Golf von Mexiko von den Gefahren. Staatssekretär für Energie Ramon V. Oca zufolge werden die Sicherheitsverfahren für die Bohrungen streng von der Behörde überprüft. Die Investitionen seien sehr wichtig für die weitere Entwicklung des Energiesektors des Landes.

vgl. PDI, 01.09.2010

Miserable Strafverfolgung bei extralegalen Morden

Nur vier von 305 ungeklärten Mordfällen wurden seit 2001 aufgeklärt bzw. endeten mit einer Verurteilung. Diese miserable Verurteilungsrate (ein Prozent) deckt die Studie von Menschenrechtsanwalt Al Parreno auf. Von den 305 Fällen wurden nur 161 überhaupt durch die Polizei verfolgt. Hinzukommt eine extrem lange Prozesszeit von durchschnittlich über fünf Jahren. Der Bericht nennt folgende Zahlen: 32 Prozent der Opfer sind Mitglieder von Aktivistengruppen wie Bayan Muna oder Anakpawis, 15 Prozent PolitikerInnen, 15 Prozent JournalistInnen und zehn Prozent Farmer. Bei den Verdächtigen sind 57 Prozent nicht identifizierte bewaffnete Männer, 19 Prozent gehören zum Militär, zwölf Prozent zu kommu-

nistischen Rebellen und neun Prozent zur Polizei. Der Resultat des Berichts ist eindeutig und schlägt verschiedene Maßnahmen zur Eindämmung und besseren Aufklärung solcher Morde vor; bessere Überwachung durch eine unabhängige Instanz für das gesamte Land, Einhaltung der Menschenrechte besonders bei Militär und Polizei, Erneuerung des Zeugenschutzprogramms, und eine Task Force zur Reduzierung ungeklärter Morde. Parreno fordert außerdem einen Paradigmenwechsel aller Beteiligten, »es geht nicht um Links gegen Rechts, nicht um Militär gegen Rebellen und nicht um Demokratie gegen Kommunismus – es geht um Gerechtigkeit gegen Ungerechtigkeit.«

vgl. The Philippine Star, 18.09.2010

Mehr Gegenwehr gegen Bergbauindustrie

Zehn Milliarden Pesos verdient die philippinische Regierung jährlich durch großangelegte Bergbauaktivitäten internationaler Unternehmen. Dennoch fließen die Gewinne der Unternehmen durch den Abbau von Mineralien wie Gold und Erz kaum in die philippinische Wirtschaft. Die Rohstoffe werden auf direktem Weg nach China, Taiwan oder Singapur verschifft. Zurück bleiben vergiftete Flüsse, abgetragene Berge und vertriebene Gemeinden. Doch die Gegenwehr nimmt zu. Während früher nur Umweltaktivisten und betroffene Dorfbewohner gegen den Bergbau protestierten, haben heute viele Provinzen einen Bergbaustopp in ihrer Provinz rechtlich festsetzen können. Seit Juli 2010

haben bereits 14 Provinzen jegliche Bergbauaktivitäten verboten. Auch einzelne Städte konnten den Unternehmen Einhalt gebieten. Die lautesten Proteste stammen immer noch von kulturellen Minderheiten, deren kulturhistorische Gebiete oftmals vom Bergbau bedroht sind. Aktivistengruppen wie Alyansa Tigil Mina (ATM) wollten die im September stattfindende Internationale Bergbau Konferenz in Manila für ihre Bedenken und Forderungen nutzen, wurden aber schon bei der Anfrage zur Teilnahme von den Verantwortlichen ignoriert. Ihr Ziel ist es, das Bergbaugesetz von 1995 (RA 7942) zu verbessern.

vgl. The Manila Times, 08.09.2010

nachrichten